

12.06.24

Antrag

des Freistaats Thüringen

Entschließung des Bundesrates "Den Diskriminierungsschutz europaweit unterstützen - Verabschiedung der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie"

- Antrag des Freistaats Thüringen -

Punkt 28 der 1045. Sitzung des Bundesrates am 14. Juni 2024

Der Bundesrat möge die Entschließung nach Maßgabe der folgenden Änderung fassen:

In der Begründung ist Absatz 6 wie folgt zu fassen:

"Im Juni 2023 fand unter schwedischem Vorsitz eine Orientierungsaussprache statt, anlässlich derer die Ministerinnen und Minister Wege prüften, die verbleibenden Bedenken betreffend die Rechtssicherheit, die Subsidiarität und die Kosten der Umsetzung anzugehen. Unter belgischem Vorsitz wurde in diesem Jahr konkret an einem Kompromiss gearbeitet, der die Hauptanliegen betreffend die Schaffung von mehr Rechtsklarheit sowohl in Bezug auf den Inhalt als auch in Bezug auf die Abgrenzung der Zuständigkeiten sowie hinsichtlich der Begrenzung der möglichen finanziellen Auswirkungen des Richtlinienentwurfs im Wege des Kompromisses bercksichtigt¹."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Es handelt sich um eine notwendige Präzisierung der Begründung zur Entschließung. O.g. Absatz in der bisherigen Fassung verweist darauf, dass bereits im Jahr 2023 unter schwedischem Vorsitz die von den Delegationen vorgebrachten Hauptanliegen im Wege des Kompromisses hätten berücksichtigt werden können. Demgegenüber fand unter schwedischem Vorsitz im Juni 2023 – wie ausgeführt – zunächst eine Orientierungsaussprache statt. Erst unter belgischem Vorsitz wurde in diesem Jahr konkret an einem Kompromiss gearbeitet, auf dessen aktuellen Wortlaut in Fußnote 7 der Entschließung verwiesen wird.

¹ Hier kommt die bisherige Fußnote 7 unverändert zum Tragen.